

Wiesbaden, 10. März 2020

## **Lange gewartet**

„Wir hoffen, dass die hessische SPD-Fraktion ihren konkreten Vorschlag zur Deckelung von Mieterhöhungen schnell in den Hessischen Landtag einbringen wird, welcher gestern in Frankfurt verkündet wurde“, so Gert Reeh, 1. Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Hessen e.V. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und die Frankfurter SPD wollen eine landesgesetzliche Regelung, die Mieterhöhungen für einen befristeten Zeitraum auf Höhe der Inflationsrate beschränkt. Dass dies rechtlich möglich sein sollte, dieser Auffassung ist man beim Deutschen Mieterbund – Landesverband Hessen e.V. schon seit langem.

Umso schöner, dass das Ergebnis des Rechtsgutachtens der Professoren Franz C. Mayer und Markus Artz, welches jetzt vorgestellt wurde, dies bestätigt.

„Jetzt wird sich zeigen, wie ernst es der Hessischen Landesregierung damit ist, die Mieterinnen und Mieter in den Ballungsgebieten zu entlasten“, so Reeh weiter. Beim Deutschen Mieterbund – Landesverband Hessen e.V. hofft man, dass endlich – im Hinblick auf die angespannte Situation – über Parteigrenzen hinweg im Sinne der Mieterinnen und Mieter die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Bisher tat sich die Hessische Landesregierung damit schwer. So wurden im vergangenen Jahr beispielsweise die Gesetzentwürfe für den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung, die sowohl von der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag als auch von den hessischen LINKEN im Landtag eingereicht wurden, nicht umgesetzt, obwohl dies dringend notwendig gewesen wäre. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Mieten in Frankfurt und Umgebung auch weiterhin steigen werden, ist das Ergebnis des Gutachtens doch ein weiteres Argument dafür, dass eben doch noch mehr Schritte eingeleitet werden müssen, um kurzfristig die Situation für Mieter verbessern zu können. Beim Mieterbund begrüßt wird auch die Absicht, dass die SPD-Fraktion den Entwurf so gestalten will, dass der Bau von neuen Wohnungen nach wie vor attraktiv bleibt. „Ohne Wohnungsneubau wird es mittelfristig keine spürbaren Entlastungen geben, denn es fehlen hunderttausende von Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet“, schließt Reeh und fordert, dass die Landesregierung alles dafür tut, dass Menschen nicht weiterhin aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben werden. Hierzu gehört es auch, dass bezahlbare Wohnungen erhalten bleiben und viele neue Wohnungen gebaut werden. Dies geht nur gleichzeitig.

.....